

Dr. Doeblin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

Snippet 24/06

20. November 2024

Bevölkerungsumfrage

Enttäuschte Hoffnungen - Ampel-Politik war ohne Rückhalt in der Bevölkerung

Verlorener Glaube an internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage der Dr. Doeblin Wirtschaftsforschung mit rund 1500 Befragten Ende Oktober 2024 legen die Vermutung nahe, dass die Diskussion um die Aufweichung der Schuldenbremse nur eine der Ursachen des Ampel-Endes war. Das Ansehen der Bundesregierung ebenso wie das der sie stützenden Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP erreichte einen Tiefststand, der ein Weiterregieren der Ampel praktisch ausschloss. Dazu verlor die Bevölkerung den Glauben an die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

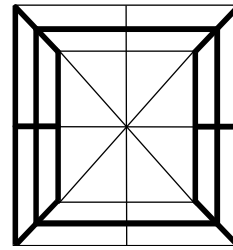
Enttäuschte Reformhoffnungen (Tab. 1)

Die Umfrage-Ergebnisse belegen eine breite Kluft zwischen den Reformhoffnungen der Bevölkerung nach den Bundestagswahlen 2021 und den Einschätzungen der Bürger unmittelbar vor dem Koalitionsende Ende Oktober 2024. Der Soll-Ist-Vergleich wichtiger Reformvorhaben offenbart über die gesamte Regierungszeit der Ampel-Koalition einen kontinuierlichen Abbau des Vertrauens der Bevölkerung in die Gestaltungsfähigkeit der Ampel-Koalition. Zum Zeitpunkt der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler im Dezember 2021 richteten sich die Wünsche von jeweils mehr als 40 Prozent der Bevölkerung darauf, dass die Regierung die Probleme der sozialen Sicherung im Alter, dem Klimaschutz und der Pflege „dringend anpacken“ würde. Auch Investitionen in die Bildung, die Förderung des Wohnungsbaus, den Ausbau der digitalen Infrastruktur, bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Familien sowie eine Steuerung der Immigration erhofften sich viele Bürger. Im Oktober 2024 war jedoch nur noch rund jeder Siebte der Ansicht, die Bundesregierung habe „die Grundlagen für eine erfolgreiche Lösung“ dieser Reformen gelegt.

Im Oktober 2024 vermögen 47 Prozent der Befragten nicht einmal eine von elf präsentierten Reformmaßnahmen zu benennen, für die die Ampel-Regierung „Grundlagen für eine erfolgreiche Lösung“ geschaffen habe.

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doeblin
Amtsgericht Charlottenburg (Berlin) HRB 156417 B
USt-IdNr.: DE229231492
Bankverbindung:
Vereinigte Raiffeisenbanken
IBAN: DE82770694610006448046

10557 Berlin, Helgoländer Ufer 7 b
Tel. 030-58 856 710
doeblin@wp-online.de
<http://www.wp-online.de>



Schlechte Noten für Wirtschaftskompetenz der Ampel (Tab. 2)

Die Enttäuschung der Bevölkerung über die Leistungen der Ampel-Regierung spiegelt sich auch in der Beurteilung der Wirtschaftskompetenz der Bundesregierung und der sie tragenden Bundestagsfraktionen wider. Im Dezember 2022, ein Jahr nach Amtsantritt der Ampel-Koalition, bestätigten 29 Prozent der Bevölkerung der Bundesregierung, sie habe konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland geliefert. Damit schnitt die Ampel-Regierung günstiger ab als die Regierung Merkel/Scholz kurz vor Ende der Legislaturperiode im Juni 2021 (27 Prozent). Innerhalb von gut zwei Jahren bis Oktober 2022 sackte die Bewertung der Wirtschaftskompetenz der Ampel-Regierung von 29 Prozent auf 19 Prozent ab. Die SPD-Bundestagsfraktion erhielt im Oktober 2024 nur noch von 13 Prozent der Bevölkerung gute Noten für ihre Wirtschaftskompetenz (ein Verlust von 4 Prozent innerhalb von zwei Jahren). Die Wirtschaftskompetenz der Bundestagsfraktion der Grünen wird im Oktober 2024 von 8 Prozent geschätzt, nach 13 Prozent im Juni 2022. Die FDP-Bundestagsfraktion erhielt im Juni 2022 noch von 11 Prozent Lob für ihre Wirtschaftskompetenz; davon sind im Oktober 2024 noch 7 Prozent übriggeblieben, womit die Wirtschaftspartei FDP kaum besser als das gerade erst gegründete Wagenknecht-Projekt BSW abschneidet.

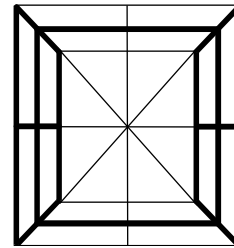
Anders als die Ampel-Regierung und die Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP verbessert sich das Ansehen der Wirtschaftskompetenz der Opposition von Dezember 2022 auf Oktober 2024. Von der Wirtschaftskompetenz der Union sind im Oktober 2024 19 Prozent überzeugt – ein Anstieg um vier Prozent in zwei Jahren. Stärker noch kann die AfD zulegen, deren wirtschaftspolitisches Ansehen innerhalb von zwei Jahren von 11 auf 17 Prozent wächst.

Wirtschaftskompetenter als die Bundesregierung und alle Bundestagsfraktionen erscheinen den Bürgern die Gewerkschaften und die Unternehmensverbände. IG Metall (26 Prozent), DGB (25 Prozent), BDI (22 Prozent) und DIHK (21 Prozent) erhalten hier die größte Zustimmung für ihre „konstruktiven und qualifizierten Lösungsbeiträge“.

Skepsis über Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland (Tab. 3)

Angesichts der schlechten Beurteilung der Reformfähigkeit und der Wirtschaftskompetenz der Ampel-Koalition kann es nicht überraschen, dass die Bevölkerung die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland skeptisch sieht. Stimmt 2015 noch 45 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, Deutschland werde „in den nächsten 10 Jahren im internationalen Wettbewerb seinen Rang als erstklassiger Wirtschaftsstandort erhalten“, so befürworteten im Oktober 2024 nur noch 11 Prozent diese Aussage. Allerdings waren im Juni 2020 in der Amtszeit der Großen Koalition die Zustimmungswerte zu diesem Stimmungsindikator bereits auf 20 % gefallen.

Studienleiter Jürgen Doeblin: „Die Politik der Ampel hat in den letzten Jahren der Bevölkerung sehr viel zugemutet. Hohe Immigration ohne ausreichende Integrationsmaßnahmen, Ausstieg aus der Kernenergie, Klimaschutzgesetze mit hohen Kosten der



Umsetzung und Vernachlässigung der Infrastruktur bei immer neuen bürokratischen Auflagen für die Wirtschaft sorgen für einen ausgeprägten Zukunftspessimismus in der Bevölkerung. Es kann der Ampel kaum als Entlastung zugerechnet werden, dass viele dieser Probleme schon in der Großen Koalition bestanden oder von ihr sogar ausgelöst wurden.“

Tabellen

(Alle Ergebnisse basieren auf Bevölkerungsumfragen)

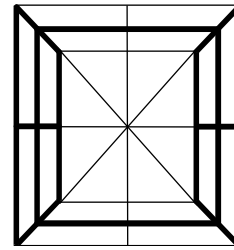
Tab. 1: Reformwünsche: Soll und Ist

a) Welche Probleme sollten nach Ihrer Ansicht von einer neuen Bundesregierung am **dringendsten angepackt** werden?

b) Bei welchen der folgenden Probleme haben Sie den Eindruck, da hat die Bundesregierung bereits die **Grundlagen für eine erfolgreiche Lösung gelegt**?

(Auswahl der jeweils fünf wichtigsten Probleme. Rangfolge der Probleme nach den Ergebnissen Dez. 2021)

Bevölkerung, 16-65 Jahre	Dez 2021 Dringend anpacken	Juni 2023 Grundlagen gelegt	Dez 2023 Grundlagen gelegt	Juni 2024 Grundlagen gelegt	Okt 2024 Grundlagen gelegt
<i>Stichprobengröße</i>	1009	1004	1018	1010	1511
Soziale Sicherung im Alter	47%	21%	18%	19%	15%
Ausbau des Klimaschutzes	44%	26%	22%	22%	19%
Investitionen in die Pflege	40%	19%	16%	15%	12%
Investitionen in die Bildung	32%	19%	15%	14%	12%
Förderung des Wohnungsbaus	27%	17%	14%	14%	12%
Ausbau der digitalen Infrastruktur	25%	17%	14%	15%	12%
Bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Familien	24%	19%	18%	17%	13%
Steuerreform/-entlastung	22%	13%	11%	12%	7%
Steuerung der Migration nach Deutschland	18%	12%	12%	11%	8%
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	10%	10%	10%	9%	8%
Stärkere europäische Integration	6%	10%	9%	12%	10%
Weiß nicht / Keine Angabe	13%	41%	47%	41%	47%



Tab. 2: Wirtschaftskompetenz: Institutionen von Politik und Wirtschaft

Gegenwärtig steht die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf der politischen Tagesordnung. Wie schätzen Sie die Rolle wesentlicher politischer Instanzen bei der Diskussion über dieses Thema ein? Bitte kreuzen Sie jeweils an, wo Sie meinen: diese Institution hat konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge geliefert.

(Rangfolge bei Politik bzw. Wirtschaft nach dem Ergebnis im Oktober 2024)

Institutionen Politik (Alle Werte in Prozent)	Juni 2021a	Juni 2022b	Dez 2022b	Juni 2023b	Dez 2023b	Juni 2024b	Okt 2024b
Bundesregierung	27	28	29	25	17	21	19
Bundestagsfraktion CDU/CSU	22	13	15	17	21	21	19
Bundestagsfraktion AfD	8	7	11	10	17	15	17
Bundestagsfraktion SPD	13	15	17	16	13	11	13
Bundestagsfraktion B.90/Grüne	11	14	13	12	11	9	8
Bundestagsfraktion FDP	13	9	11	7	9	9	7
Gruppe im Bundestag Bündnis Sahra Wagenknecht	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.	4	7	6
Gruppe im Bundestag Die Linke*	7	4	4	4	5	4	3

Institutionen Wirtschaft (Alle Werte in Prozent)	Juni 2021a	Juni 2022b	Dez 2022b	Juni 2023b	Dez 2023b	Juni 2024b	Okt 2024b
IG Metall	22	22	24	25	23	26	26
DGB	24	24	22	24	21	24	25
BDI	20	20	20	16	17	20	22
DIHK	22	19	18	22	20	20	21
(BDA)	16	13	15	13	12	16	16
IG Bergbau, Chemie, En.	14	11	14	13	13	13	13
ver.di	9	11	10	11	10	10	13
Gesamtmetall	11	10	12	13	11	11	10
ZV des Dt. Handwerks ZDH	11	10	11	11	10	12	10

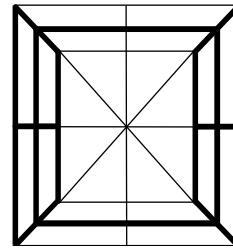
Keine der Genannten	32	34	30	31	32	30	28
---------------------	----	----	----	----	----	----	----

n.e. = nicht enthalten, da nicht im Bundestag vertreten

a = Große Koalition (Union/SPD) b = Ampel-Koalition (SPD/Grüne/FDP)

bis Juni 2023: Bundestagsfraktion Die Linke

Zahl der Befragten: Jeweils rund 1000 in Juni/Dez.-Umfragen / rund 1500 im Oktober 2024



Tab. 3: Zustimmung zur Aussage: „Deutschland wird in den nächsten 10 Jahren im internationalen Wettbewerb seinen Rang als erstklassiger Wirtschaftsstandort erhalten“

Juni 2015	Juni 2020	Juni 2022	Oktober 2024
45 %	20 %	19 %	11 %

Zahl der Befragten: Jeweils rund 1000 in Juni-Umfragen / rund 1500 im Oktober 2024

Technische Erläuterungen

Methodik	<p>Online-Umfrage bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Dynata, einem weltweit führenden Anbieter von Bevölkerungsdaten.</p> <p>Quoten-Stichproben mit bevölkerungsentsprechenden Anteilen bei Alter (16 bis 65 Jahre), Geschlecht, Bundesland und Bildungsstand sowie anderen Merkmalen.</p>
Zeitpunkte und Stichprobengrößen der Umfragen	<p>Zeitpunkte und Stichprobengrößen der Umfragen werden in den Tabellen benannt.</p>